

# Am Rande des Vorstellbaren



Offiziell ist der Islam die Religion des Friedens und seine einwandernden Anhänger sind ein Quell der Freude und Bereicherung für Deutschland. Hinter den Kulissen sehen auch deutsche Behörden die Dinge etwas realistischer und bereiten sich in aller Stille auf kommende Katastrophen vor. Das ist fast schon wieder beruhigend.

Die [Wiener Zeitung](#) berichtet in ihrer Printausgabe vom 17. März:

*Vor dem Hintergrund erhöhter Gefahr von Terroranschlägen in Europa durch islamistische Gruppen weitet Deutschland seine Schutzmaßnahmen auf Krankenhäuser aus: Das deutsche Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) fordert in einem soeben erschienenen Leitfaden zum „Risikomanagement im Krankenhaus“ das Führungspersonal der einzelnen Krankenhäuser auf, sich mit Szenarien „am Rande des Vorstellbaren“ zu befassen. Nach Informationen des Internetportals „[german-foreign-policy.com](#)“ zählen dazu auch Kriegs- und Bürgerkriegsszenarien.*

*Bislang wurden in erster Linie Unternehmen der Energie- und Transportindustrie als „kritische Infrastruktur“ angesehen, der im Ernstfall besondere Bedeutung zukommt. Nun soll auch das Führungspersonal deutscher Krankenhäuser enger mit den staatlichen Organen, mit Polizei und Bundeswehr*

zusammenarbeiten, um bei einem Anschlag eine Katastrophe zu vermeiden. Ein satellitengestütztes Warnsystem des Bundesamts soll die beteiligten Institutionen miteinander vernetzen und es der staatlichen Führung der Bundesrepublik auch ermöglichen, im Falle einer Gefährdung im Rundfunk Warndurchsagen zu übertragen. Durch Einbeziehung des Sicherheitszentrums der deutschen Bahn werden erstmals auch Gefahrendurchsagen in Zügen und auf Bahnhöfen möglich.

Im BBK fasst man vor allem mögliche Anschläge mit „unkonventionellen“ Spreng- und Brandvorrichtungen ins Auge, die zur Freisetzung atomarer, biologischer oder chemischer Kampfstoffe führen könnten. Solche Angriffe könnten nicht nur durch einen „Massenanfall“ von Verletzten das Gesundheitswesen belasten, sondern auch Krankenhäuser selbst zum Ziel haben. Die Leitungen deutscher Kliniken sollen deshalb – in enger Abstimmung mit den staatlichen Stellen – eine „Gefährdungs- und Verwundbarkeitsanalyse“ der eigenen Einrichtung vornehmen und mögliche Gegenmaßnahmen treffen. Die Anregungen des Bundesamts reichen von Zugangskontrollen aller Art bis zur lückenlosen Videoüberwachung „geschäftskritischer Bereiche“.

### **Vorbild Hessen**

Als vorbildlich gilt dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz der „Krankenhaus-Einsatzplan“ des Bundeslandes Hessen. Er sieht als „zentrale Grundlage“ eine gemeinsam mit staatlichen Stellen durchzuführende „Risikoanalyse“ für Gefahren, die Spitälern drohen könnten, vor. Am Universitätsklinikum Frankfurt am Main werden dem Plan zufolge im Ernstfall zunächst die Bettenstationen evakuiert, der dienstälteste Abteilungsarzt sollte eine „Triage der vorhandenen Patienten“ vornehmen – gerettet werden zunächst nur Kranke und Verletzte „mit höchster Überlebenschance“.

(Spürnase: Ludwig S.)